

Der investigative US-Journalist Robert Parry befürchtet, dass die Wahl Hillary Clintons zur US-Präsidentin noch mehr völkerrechtswidrige Angriffskriege zur Folge hätte.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 059/16 – 04.05.16

Würden einem Sieg Hillary Clintons noch mehr Krieg folgen? Gerissene Neokonservative wollen Hillary Clinton von Anhängern der Demokrati- schen Partei als ihr trojanisches Pferd ins Weiße Haus wählen lassen. Würde ihr Sieg noch mehr Kriege bringen?

Von Robert Parry

Consortiumnews.com, 10.04.16

(<https://consortiumnews.com/2016/04/10/would-a-clinton-win-mean-more-wars/>)

Das Establishment der Demokratischen Partei hat sich wohl entschlossen, Hillary Clinton trotz ihre eher lustlosen Kampagne gegen Bernie Sanders zum Sieg zu verhelfen und hofft darauf, dass republikanische Abweichler helfen werden, ihr den Weg ins Weiße Haus zu ebnen.

Sollte Frau Clinton Präsidentin werden, wird sie sich mit Anhängern einer neokonservativen US-Außenpolitik umgeben, die sie darin bestärken werden, ihre Strategie des "Regime Change" (des Regimewechsels) im Mittleren Osten fortzusetzen und den bereits begonnenen und sehr gefährlichen neuen Kalten Krieg gegen Russland weiter zu eskalieren.

Wenn Baschar al-Assad dann noch Präsident Syriens ist, wird man von ihr verlangen, auch weiterhin seinen Sturz zu betreiben, und neue Sanktionen gegen den Iran zu verhängen, damit Teheran von dem (mühsam ausgehandelten) Atomabkommen abrückt; außerdem sind bereits Rufe laut geworden, noch mehr US-Truppen in der Nähe der russischen Grenze zu stationieren und die Ukraine in die militärische Struktur der NATO zu integrieren.

Als 45. US-Präsidentin hätte Frau Clinton ein offenes Ohr für die Einflüsterer, die eine solche US-Außenpolitik propagieren und der US-Bevölkerung schon eingeredet haben, Saddam Husseins Soldaten hätten (bei ihrem Einmarsch in Kuwait) Babys aus Brutkästen geworfen (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Brutkasten%C3%BCge>), und Gaddafis Soldaten seien mit Viagra vollgepumpt worden, damit sie mehr Frauen hätten vergewaltigen können (s. <http://www.express.de/news/sie-vergewaltigen-frauen-und-kinder-gaddafi-soldaten-mit-viagra-vollgepumpt>); mit derart schrecklichen, oft erfundenen Geschichten von schlimmen Verbrechen gegen wehrlose Opfer wird man versuchen, auch künftige US-Angriffskriege zu rechtfertigen.

Glaubt irgendjemand, Hillary Clinton könnte solchen Sirenengesängen, die zu Konfrontation und Krieg aufrufen, widerstehen, selbst wenn sie das wollte?

Präsident Barack Obama hat zwar viele Fehler gemacht, ist aber viel intelligenter und durchsetzungsfähiger als Hillary Clinton; trotzdem hat er sich bei Jeffrey Goldberg (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Jeffrey_Goldberg) vom Magazin *The Atlantic*, der selbst ein neokonservativer Kriegsfalke ist, über den Druck beklagt, unter den ihn die Kriegstreiber in Washington gesetzt haben. (s. <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>)

Die Washingtoner Außenpolitik wird so total von Neokonservativen und ihren Kumpanen unter den "liberalen Interventionisten" beherrscht, dass Obama wohl nur einem Neokonservativen ein Interview geben und sich darüber beklagen konnte, dass sich die Hauptstadt der USA in den Händen von Kriegstreibern befindet.

Weil die US-Außenpolitik von neokonservativen Bürokraten im US-Außenministerium und ihren Kumpanen in den Mainstream-Medien und den großen Thinktanks bestimmt wird, dürfte Frau Clinton nicht nur aus ihrer Regierung, sondern auch von außen mit kriegstreiberischen Forderungen bestürmt werden.

Schlüssel-Neokonservative wie Robert Kagan (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Kagan) von der Brookings Institution (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Brookings_Institution) haben bereits signalisiert, dass sie großen Einfluss auf die Außenpolitik einer Präsidentin Clinton nehmen wollen. Kagan, der sich jetzt als "liberaler Interventionist" ausgibt, hat Frau Clinton als Präsidentin empfohlen, weil sie ihn in den Beraterstab des US-Außenministeriums berufen hatte [s. <https://consortiumnews.com/2016/02/25/neocon-kagan-endorses-hillary-clinton/>].

In Washington wird auch bereits darüber spekuliert, dass Kagans neokonservative Frau Victoria Nuland (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Victoria_Nuland), die Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium, die als Architektin des "Regimewechsels" in der Ukraine gilt und von Frau Clinton sehr geschätzt wird, einen außenpolitischen Spitzenjob in einer Clinton-Regierung erhalten würde.

Die Neokonservativen kämen wieder an die Macht

Wenn Frau Clinton Präsidentin würde, bekämen einige der kriegslüsternten US-Außenpolitiker die Gelegenheit, ihr die Forderung nach noch mehr Kriegen ständig ins Ohr zu flüstern, und aus Hillarys Vergangenheit ist bekannt, dass sie dafür sehr empfänglich ist.

Schon als Senatorin und später als Außenministerin hat Frau Clinton allen Operationen zugestimmt, mit denen "Regimewechsel" herbeigeführt werden sollten – der Invasion des Iraks im Jahr 2003, dem Staatsstreich in Honduras im Jahr 2009, dem Luftkrieg gegen Libyen im Jahr 2011 und dem "Bürgerkrieg" in Syrien seit 2011; sie war auch immer für die Eskalation der Konflikte mit Afghanistan und dem Iran und ist nie für in Verhandlungen erzielte vernünftige Kompromisse eingetreten.

Ihre Förderer preisen zwar ihre diplomatischen Erfolge als US-Außenministerin, in Wirklichkeit hat sie aber wiederholt bewusst auf diplomatische Mittel verzichtet und Präsident Obama ständig zu Konfrontation und Gewalt gedrängt.

Manchmal ist er ihr gefolgt – bei der Truppenverstärkung in Afghanistan, bei der Bombardierung Libyens und bei dem zeitweiligen Abbruch der Verhandlungen mit dem Iran, manchmal aber auch nicht – bei der Deeskalation in Afghanistan, beim Abschluss des Atomabkommens mit dem Iran nach Frau Clintons Ausscheiden aus der Regierung, bei der Ablehnung einer direkten US-Militäraktion gegen die syrische Regierung und bei der Zusammenarbeit mit Russland in den Verhandlungen mit dem Iran und mit Syrien.

Mit anderen Worten: Obama hat Frau Clintons Aggressivität gezügelt. Wenn sie aber selbst Präsidentin würde, wäre sie nicht mehr zu bremsen. Es ist zu erwarten, dass sie den meisten Forderungen der hirnlosen neokonservativen Kriegstreiber nachgäbe – wie Präsident George W. Bush, der aus Angst und Wut über die Anschläge am 11.09.2001 sofort die von seinen neokonservativen Beratern geplanten "Regimewechsel" im Mittleren Osten in Angriff zu nehmen begann.

Die Neokonservativen haben ihr Vorhaben, die Regierungen aller Staaten im Nahen und Mittleren Osten zu stürzen, die Israel als seine Feinde betrachtet, niemals aufgegeben. Der Irak war nur der erste auf der Liste, und Syrien und der Iran sollten folgen. Nach der Einsetzung pro-israelischer Regierungen in diesen drei Staaten glaubt man auch die Feinde Israels in dessen Nachbarstaaten isolieren und ausschalten zu können – die Hisbollah im Jemen und die Hamas und andere militante Gruppen in Palästina.

Nach der von Bush 2003 in Gang gesetzten Invasion des Iraks scherzte man in neokonservativen Kreisen in Washington darüber, ob nun zuerst der Iran oder Syrien an die Reihe kämen, und es kursierte der Spruch: "Echte Männer gehen nach Teheran!" Der Krieg gegen den Irak war aber nicht der "Spaziergang", den die Neokonservativen erwartet hatten. Die Iraker streuten den einmarschierenden US-Truppen keine Blumen, sondern empfingen sie mit Sprengfallen.

Dabei starben nicht nur Hunderttausende "reale" irakische Männer, Frauen und Kinder, sondern auch fast 4.500 US-Soldaten.

Der Plan der Neokonservativen geriet also ins Stocken – ihrer Ansicht nach aber nur, weil Bush ihn nicht konsequent genug umgesetzt hatte. Sie behaupteten, wenn bei der Besetzung nicht gepfuscht worden wäre, hätte man schon längst auch die anderen geplanten Regimewechsel starten können.

Trotz der Irak-Katastrophe kamen die neokonservativen Scharfmacher größtenteils ungeschoren davon und konnten ihre Kriegstreiberei in Washingtoner Thinktanks oder als Kommentatoren in führenden Zeitungen wie der *Washington Post* und der *New York Times* unangefochten fortsetzen.

Obamas Fehler

Obwohl die Neokonservativen 2008 das Weiße Haus verloren, behielten sie den Fuß in der Tür, weil der neu gewählte Präsident Obama im Stile Lincolns (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Abraham_Lincoln) auch Rivalen und Gegner in sein außenpolitisches Team aufnahm. Er griff nicht auf die kleine Gruppe meist älterer außenpolitischer "Realisten" zurück, sondern auf das gerade entmachtete neokonservative Establishment.

Obama machte seine militante demokratische Rivalin, die Senatorin Hillary Clinton, zu seiner Außenministerin und ließ nicht nur Bushs Verteidigungsminister Robert Gates im Amt, sondern auch die meisten der bereits unter Bush dienenden Offiziere des militärischen Oberkommandos – einschließlich des Generals David Petraeus, den die Neokonservativen besonders schätzten.

Dank Obamas naiver Regierungsbildung behielten die Neokonservativen und ihre Freunde unter den "liberalen Interventionisten" die Kontrolle über die außenpolitische Bürokratie Washingtons, obwohl der Präsident ein mehr an den Realitäten orientiertes Handeln bevorzugte, die militärische Macht der USA überlegter einsetzen und weniger Rücksicht auf die rechte Regierung Israels nehmen wollte.

Der hinter den Kulissen weiterwirkende Einfluss der Neokonservativen wirkte sich besonders auf das von Frau Clinton geführte Außenministerium aus, vor allem in Person von Frau Nuland, einer neokonservativen Ideologin, die schon dem Vizepräsidenten Dick Cheney als Beraterin gedient hatte; sie wurde Sprecherin des Ministeriums und 2013 Staatssekretärin für europäische Angelegenheiten – letzteres aber erst, als Frau Clinton nicht mehr Außenministerin war.

Die neokonservative, liberal-interventionistische Unterwanderung des US-Außenministeriums ist jetzt so weit fortgeschritten, dass Mitarbeiter, die ich als vernünftige Menschen kannte, bevor sie dort zu arbeiten anfangen, im Ministerium zu glühenden Anhängern und Verbreitern der Idee vom globalen US-Interventionismus geworden sind. Im Gegensatz dazu sind das CIA-Hauptquartier und das Pentagon Horte des Realismus und der Zurückhaltung.

Das beste Beispiel für diesen Gesinnungswandel ist Senator John Kerry, der Frau Clinton aus dem US-Außenministerium verdrängte und umgehend zum Sprachrohr für dessen extrem kriegstreiberische Bürokratie wurde.

Kerry hat zum Beispiel im August 2013 als Vergeltung für den Giftgaseinsatz in Syrien eine Bombardierungskampagne gegen die syrische Armee gefordert, obwohl die US-Geheimdienste die Verantwortlichkeit des Assad-Regimes für den Saringas-Angriff außerhalb der Hauptstadt Damaskus heftig anzweifelten.

Anstatt auf die Analysten der Geheimdienste zu hören, beugte sich Kerry dem "Gruppendenken" der Neokonservativen, die Assad unbedingt die Schuld an dem Gasangriff zuschieben wollten, weil sie damit erneut ihre Forderung nach einem "Regimewechsel" auch in Syrien begründen wollten. Die von den Geheimdiensten vorgelegten Fakten ließen die Neokonservativen völlig kalt, und Kerry schlug sich widerspruchslos auf ihre Seite [s. <https://consortiumnews.com/2016/03/14/whats-the-matter-with-john-kerry-2/>].

Aber Obama fiel nicht um. Er hörte auf John Clapper (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_R._Clapper), den Direktor der Nationalen Geheimdienste, der ihm sagte, es gebe keine stichhaltigen Beweise für einen Giftgas-Angriff des syrischen Militärs (s. <https://consortiumnews.com/2016/03/10/neocons-red-faced-over-red-line/>), sondern verschiedene Belege dafür, dass es sich um eine Provokation islamistischer Extremisten handelte, die damit ein Eingreifen des US-Militärs an ihrer Seite erzwingen wollten [s. <https://consortiumnews.com/2014/04/06/was-turkey-behind-syrian-sarin-attack/>].

Obama erhielt auch Hilfe vom russischen Präsidenten Wladimir Putin; der brachte den syrischen Präsidenten Assad, der den Gasangriff bestritt, dazu, seine Chemiewaffen zur Vernichtung auszuliefern (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/chemiewaffen-in-syrien-80-prozent-abtransportiert-oder-vernichtet-a-965326.html>). Die Zusammenarbeit zwischen Obama und Putin verärgerte die Neokonservativen, weil sie den von ihnen geplanten baldigen "Regimewechsel" in Syrien bedrohte.

Das Eingreifen der USA in der Ukraine

Einige der klügeren Neokonservativen erkannten schnell, dass mit Hilfe der Ukraine ein Keil zwischen Obama und Putin getrieben werden konnte [s. dazu auch <https://consortiumnews.com/2014/03/19/neocons-ukraine-syria-iran-gambit/>]. Carl Gershman (s. unter https://en.wikipedia.org/wiki/Carl_Gershman), der Präsident der National Endowment for Democracy (s. https://de.wikipedia.org/wiki/National_Endowment_for_Democracy), nannte die Ukraine "eine große Chance", auch Putin von der Macht in Russland zu vertreiben.

Es war Aufgabe der Staatssekretärin Nuland, zusammen mit Geoffrey Pyatt, dem US-Botschafter in der Ukraine, Wiktor Janukowytsch, den pro-russischen ukrainischen Präsidenten, zu stürzen. In einem abgehörten Telefongespräch zwischen Frau Nuland und Pyatt haben sie sich darauf verständigt, wer ihn ersetzen sollte [s. dazu auch <http://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>].

"Jaz ist unser Mann," sagte Frau Nuland und meinte damit Arsenij Jazenjuk (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Arsenij_Jazenjuk), der später tatsächlich der neue Ministerpräsident wurde. Frau Nuland und Pyatt tauschten dann noch Ideen aus, wie man diese "Sache" in Gang setzen und sie "ans Laufen" bringen könnte. Mit dieser "Sache" meinten sie den blutigen 22. Februar 2014, der den Sturz des gewählten Präsidenten Janukowytch und einen "Bürgerkrieg" zwischen ukrainischen Nationalisten im Westen und ethnischen Russen im Osten der Ukraine auslöste. [s. dazu auch <https://consortiumnews.-com/2015/07/10/obamas-deadly-cold-war-legacy/>].

Weil die Nationalisten, die offen mit Neonazis paktierten, Gräueltaten an ethnischen Russen begingen, stimmten 96 Prozent der Krim-Bewohner für eine Trennung von der Ukraine und den Anschluss an Russland. Auch im Donbass im Osten der Ukraine regte sich Widerstand gegen das neue Kiewer Regime.

Das US-Außenministerium und die Mainstream-Medien der USA machten aus diesem internen Konflikt in der Ukraine eine "russische Aggression" gegen die Ukraine und eine "russische Invasion" der Krim, obwohl sich russische Truppen aufgrund eines langjährigen Pachtvertrags zu Recht in dem auf der Krim gelegenen Flottenstützpunkt Sewastopol aufhielten. Es wurde auch behauptet, das Referendum auf der Krim sei unrechtmäßig gewesen, obwohl es seither mehrfach in Umfragen bestätigt wurde [s. <https://consortiumnews.-com/2015/03/22/crimeans-keep-saying-no-to-ukraine/>].

Als Frau Clinton von US-Bürgern zur Ukraine-Krise befragt wurde, verglich sie den russischen Präsidenten Putin mit Hitler.

Heute sieht der von Obama als "Drehbuch" bezeichnete Plan der Neokonservativen in Washington vor, immer mehr Truppen und Waffensysteme der USA möglichst nahe an den Grenzen Russlands zu positionieren, um Putin "von weiteren Aggressionen abzuschrecken".

Die taffen neokonservativen Kerle und Weiber schlagen auch alle Warnungen Russlands, das seine Existenz militärisch bedroht sieht, einfach in den Wind. Offensichtlich sollen sich "echte Männer" jetzt in Richtung Moskau in Bewegung setzen, wenn nötig, sogar auf einer Atombombe reitend, wie in dem berühmten US-Film "Dr. Strangelove" (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/Dr._Seltsam_oder:_Wie_ich_lernte,_die_Bombe_zu_lieben).

Ian Joseph Brzezinski (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ian_Brzezinski), der unter dem Präsidenten George W. Bush dem Außenministerium angehörte und jetzt als außenpolitischer Experte für den Atlantic Council (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Atlantic_Council), einen NATO-Thinktank, arbeitet, zeichnet als Koautor für einen Artikel verantwortlich, in dem die Aufnahme der Ukraine in die Nato und die Stationierung ukrainischer Militäreinheiten entlang der russischen Grenze gefordert wird [s. <http://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/how-ukraine-can-contribute-to-nato-s-forward-defense>].

"Hochrangige ukrainische Sicherheitsexperten haben die internationale Gemeinschaft aufgefordert, deutlicher auf die aggressiven militärischen Aktivitäten Russlands zu reagieren," schrieben Brzezinski, der Sohn des alten Kalten Kriegers Zbigniew Brzezinski, und sein ukrainischer Koautor Markian Bilynskij.

"Die Entsendung einer kampferprobten ukrainischen Infanteriekompanie oder einer größeren Einheit zur Verstärkung der NATO-Truppen in Mitteleuropa wäre als positiver Beitrag zur Verteidigung der gesamten Region zu werten."

Was sieht das Drehbuch der Neokonservativen vor?

Mit derart kriegstreiberischen Ratschlägen aus dem neokonservativen Lager in Washington muss auch der/die nächste Präsident/in rechnen. Aus Obamas Interview mit dem Magazin *The Atlantic* geht hervor, dass auch er sich von Kriegstreibern umgeben und bedrängt fühlt, aber stolz darauf ist, wenigstens von Zeit zu Zeit nicht ihrem "Drehbuch" zu folgen.

Wie würde sich wohl eine Präsidentin Hillary Clinton verhalten? Als sie am 21. März vor dem American Israel Public Affairs Committee / AIPAC (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/American_Israel_Public_Affairs_Committee) auftrat und es für einen Moment so aussah, als sei ihr die Nominierung zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten schon sicher, zeigte sie ihr wahres Gesicht; sie versicherte ihre Loyalität gegenüber Israel und versprach, sich für "engste" Beziehungen zwischen den USA und Israel einzusetzen, wie sie eigentlich nur zwischen Paaren bestehen, die eine gemeinsame Wohnung beziehen [s. dazu auch <https://consortiumnews.com/2016/03/22/the-clinton-trump-aipac-pander-off/>].

Wer die Niederschrift ihrer dort gehaltenen Rede nachliest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie selbst eine Neokonservative ist, die fest zu Israel steht und für alle von der israelischen Regierung gewünschten "Regimewechsel" eintritt. Wie die Neokonservativen ist auch sie bereit, jeden ausländischen Staatschef zu dämonisieren, der ihr im Weg ist. Selbst wenn sie keine in der Wolle gefärbte Neokonservative sein sollte, wird sie sich in den meisten Fällen deren Forderungen beugen.

Von diesem Verhaltensmuster wird Frau Clinton nur dann abweichen, wenn sie auf ihren persönlichen Freund und langjährigen Berater Sidney Blumenthal (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Sidney_Blumenthal) hört, der die Neokonservativen schon kritisierte, als sie sich unter Präsident Reagan zu einer mächtigen Gruppierung formierten. Blumenthal und sein Sohn Max haben es sogar gewagt, Israels schändliche Behandlung der Palästinenser zu kritisieren.

Die Israel-Lobby wird aber vermutlich dafür sorgen, dass sich Frau Clinton als Präsidentin nicht von Sidney Blumenthal beraten lässt. Letzten Monat bezahlte die pro-zionistische Gruppe *The World Values Network* (s. <https://worldvalues.us/about/>) eine ganzseitige Anzeige in der *New York Times*, in der sie Blumenthal und seinen Sohn angriffen und Hillary Clinton aufforderten, sich von ihren anti-israelischen Beratern zu trennen [s. <https://consortiumnews.com/2016/03/20/an-ugly-smear-campaign/>].

Frau Clinton wird sich wohl nicht öffentlich von Sidney Blumenthal distanzieren, aber durch die Anzeige wurde dieser so diskreditiert, dass jetzt der Weg zu den Schaltstellen der Außenpolitik der Frau Clinton für die Kagan/Nuland-Fraktion frei sein dürfte.

Sollte Frau Clinton tatsächlich Präsidentin werden, wird sie sich so verhalten, dass sie noch ein zweites Mal gewählt wird. Als gewiefte Politikerin weiß sie, dass sie nur dann eine Chance auf Wiederwahl hat, wenn die Beziehungen zur israelischen Regierung gut sind. Deshalb hat sie AIPAC schon jetzt versichert, dass sie als Präsidentin sofort Premierminister Benjamin Netanjahu ins Weiße Haus einladen würde.

Was würde Frau Clinton tun, um "engste Beziehungen" zu Israel herzustellen? Vermutlich würde sie einen knallharten Kurs gegen den Iran steuern und vom Atomabkommen aus dem letzten Jahr abrücken. Auch der Iran stellt das Abkommen bereits in Frage, weil die USA die zugesagte Aufhebung der Wirtschaftssanktionen bisher nicht voll umgesetzt haben.

Eine kriegslüsterne Frau Clinton, die den Iran durch die Verhängung neuer Sanktionen verärgert, würde iranische Hardliner zur Aufkündigung des Abkommens ermuntern. Das würde natürlich die Neokonservativen und Netanjahu freuen, weil der geplante militärische Überfall auf den Iran dann wieder möglich wäre.

Eine erstaunliche Kehrtwende

Frau Clinton hat ihre AIPAC-Rede vermutlich als Start für ihre seit langem erwartete offene "Hinwendung zu den Neokonservativen" gesehen und geglaubt, jetzt auf Kompromisse mit Progressiven verzichten zu können; in der Folge musste sie aber in Vorwahlen und auf Parteikonferenzen eine Reihe deutlicher Niederlagen gegen Senator Bernie Sanders hinnehmen.

Diese schwerwiegenden Niederlagen erklären sich auch daraus, dass Frau Clintons Wahlkampagne ganz offensichtlich nicht von "motivierten Unterstützern" getragen wird. Der 74-jährige "demokratische Sozialist" Sanders aus Vermont zieht hingegen riesige, begeisterte Menschenmengen an und gewinnt immer mehr jüngere Wahlberechtigte für sich. In Umfragen wird deutlich, dass Frau Clinton zunehmend auf Ablehnung und Misstrauen stößt.

Wenn die Demokraten sie trotzdem als Präsidentschaftskandidatin nominieren, wird sie bei vielen ansonsten die Demokraten Wählenden auf wenig Begeisterung stoßen; sie muss dann versuchen, ihren republikanischen Gegner (Trump) zu dämonisieren und darauf hoffen, dass sie von misstrauischen Demokraten, Unabhängigen und unzufriedenen Republikanern aus Angst vor einem unberechenbaren Gegenkandidaten als kleineres Übel vorgezogen wird.

Noch wird Frau Clinton von vielen ihrer Unterstützer wegen ihrer langen politischen Erfahrung als "sichere Wahl" angesehen, weil sie eigentlich wissen müsste, was sie tut. Afro-amerikanische Wähler, die sich in ihrem Wahlkreis immer als loyale Anhänger erwiesen haben, werden eher ihr als Sanders vertrauen, weil sie einer Obama-Regierung angehört hat; Sanders ist vielen unbekannt, und seinem ehrgeizigen Programm werden weniger Realisierungschancen als Hillary Clintons vagen Versprechungen eingeräumt.

Dass Frau Clinton für alle angestrebten "Regimewechsel" eingetreten ist und alle Interventionen im Mittleren Osten und in Osteuropa unterstützt hat, sollte wenigstens die friedliebenden Wähler abschrecken [s. <https://consortiumnews.com/2016/04/08/is-hillary-clinton-qualified/>].

Clevere Neokonservative wie Robert Kagan hoffen schon lange darauf, dass Hillary Clinton mit Hilfe demokratischer Wähler als "trojanisches Pferd" (der Neokonservativen, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Trojanisches_Pferd) ins Weiße Haus einzieht. Kagan erklärte gegenüber der *New York Times* [s. http://www.nytimes.com/2014/06/16/us/politics/historians-critique-of-obama-foreign-policy-is-brought-alive-by-events-in-iraq.html?_r=0]: "Mit ihrer Außenpolitik kann ich gut leben. Man könnte sie durchaus 'neokonservativ' nennen, auch wenn ihre Unterstützer das nicht so sehen."

Im gleichen Artikel ist zu lesen, Hillary Clinton sei "das Schiff, in das viele Interventionisten ihre Hoffnungen setzen". Wenn mit diesem "Schiff" die neokonservative Außenpolitik ins Weiße Haus zurückkehrt, könnte sich diese "sichere Wahl" als sehr gefährlich für die USA und die ganze Welt erweisen.

Der investigative Journalist Robert Parry hat in den 1980er Jahren für The Associated Press und Newsweek viele Artikel über die Iran-Contra-Affäre (s. dazu auch <https://de.wi->

[kikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Affäre](https://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Affäre)) geschrieben. Sein letztes Buch "America's Stolen Narrative" ist über amazon zu beziehen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn finden sich unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Parry_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Parry_(Journalist)) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.



Would a Clinton Win Mean More Wars?

Special Report: Savvy neocons see Hillary Clinton as their Trojan Horse to be pulled into the White House by Democratic voters, raising the question: would a Clinton-45 presidency mean more wars, asks Robert Parry.

By Robert Parry

April 10, 2016

The Democratic Party establishment seems determined to drag Hillary Clinton's listless campaign across the finish line of her race with Bernie Sanders and then count on Republican divisions to give her a path to the White House. But – if she gets there – the world should hold its breath.

If Clinton becomes President, she will be surrounded by a neocon-dominated American foreign policy establishment that will press her to resume its "regime change" strategies in the Middle East and escalate its new and dangerous Cold War against Russia.

If Bashar al-Assad is still president of Syria, there will be demands that she finally go for the knock-out blow; there will be pressure, too, for her to ratchet up sanctions on Iran pushing Tehran toward renouncing the nuclear agreement; there are already calls for deploying more U.S. troops on Russia's border and integrating Ukraine into the NATO military structure.

President Clinton-45 would hear the clever talking points justifying these moves, the swaggering tough-guy/gal rhetoric, and the tear-jerking propaganda about evil enemies throwing babies off incubators, giving Viagra to soldiers to rape more women, and committing horrific crimes (some real but many imagined) against defenseless innocents.

Does anyone think that Hillary Clinton has the wisdom to resist these siren songs of confrontation and war, even if she were inclined to?

President Barack Obama, who – for all his faults – has a much deeper and subtler intellect than Hillary Clinton, found himself so battered by these pressures from the militaristic Washington "playbook" that he whined about his predicament to The Atlantic's Jeffrey Goldberg, himself a neocon war hawk.

The Washington foreign policy establishment is now so profoundly in the hands of the neocons and their "liberal interventionist" sidekicks that the sitting President presumably could-

n't find anyone but a neocon to give those interviews to, even as he complained about how the U.S. capital is in the hands of warmongers.

Given this neocon domination of U.S. foreign policy – especially in the State Department bureaucracy, the major media and the big think tanks – Clinton will be buffeted by hawkish demands and plans both from outside of her administration and from within.

Already key neocons, such as the Brookings Institution's Robert Kagan, are signaling that they expect to have substantial influence over Clinton's foreign policy. Kagan, who has re-packaged himself as a "liberal interventionist," threw his support to Clinton, who put him on a State Department advisory board.

There is also talk in Washington that Kagan's neocon wife, Assistant Secretary of State for European Affairs Victoria Nuland, another Clinton favorite and the architect of the "regime change" in Ukraine, would be in line for a top foreign policy job in a Clinton-45 administration.

Neocons Back in Charge

So, Clinton's election could mean that some of the most dangerous people in American foreign policy would be whispering their schemes for war and more war directly into her ear – and her record shows that she is very susceptible to such guidance.

At every turn, as a U.S. senator and as Secretary of State, Clinton has opted for "regime change" solutions – from the Iraq invasion in 2003 to the Honduras coup in 2009 to the Libyan air war in 2011 to the Syria civil war since 2011 – or she has advocated for the escalation of conflicts, such as in Afghanistan and with Iran, rather than engaging in reasonable give-and-take negotiations.

Though her backers tout her experience as Secretary of State, the reality was that she repeatedly disdained genuine diplomacy and was constantly hectoring President Obama into adopting the most violent and confrontational options.

He sometimes did (the Afghan "surge," the Libyan war, the Iran nuclear stand-off) but he sometimes didn't (reversing the Afghan escalation, finally negotiating a nuclear deal with Iran after Clinton left, rejecting a direct U.S. military assault on the Syrian government, and working at times with the Russians on Iran and Syria).

In other words, Obama acted as a register or brake restraining Clinton's hawkishness. With Clinton as the President, however, she would have no such restraints. One could expect her to endorse many if not all the harebrained neocon schemes, much as President George W. Bush did when his neocon advisers exploited his fear and fury over 9/11 to guide him into their "regime change" agenda for the Middle East.

The neocons have never given up their dreams of overthrowing Mideast governments that Israel has put on its enemies list. Iraq was only the first. To follow were Syria and Iran with the idea that by installing pro-Israeli leaders in those countries, Israel's close-in enemies – Lebanon's Hezbollah, Hamas and other Palestinian militant groups – could be isolated and crushed.

After Bush's Iraq invasion in 2003, Washington's neocons were joking about whether Iran or Syria should come next, with the punch line: "Real men go to Tehran!" But the Iraq War wasn't the "cakewalk" that the neocons had predicted. Instead of throwing flowers at the U.S. troops, Iraqis planted IEDs.

As it turned out, a lot of “real men” and “real women” – as well as “real children” – died in Iraq, including nearly 4,500 American soldiers and hundreds of thousands of Iraqis.

So the neocon timetable took a hit but, in their view, only because of Bush’s incompetent follow-through on Iraq. If not for the botched occupation, the neocons felt they could have continued rolling up other troublesome regimes, one after another.

Professionally, the neocons also escaped the Iraq disaster largely unscathed, continuing to dominate Washington’s think tanks and the op-ed pages of major American news outlets such as The Washington Post and The New York Times. Barely missing a beat, they set about planning for the longer haul.

An Obama Mistake

Although they lost the White House in 2008, the neocons caught a break when President-elect Obama opted for a Lincoln-esque “team of rivals” on foreign policy. Instead of reaching out to Washington’s marginalized (and aging) foreign policy “realists,” Obama looked to the roster of the neocon-dominated establishment.

Obama recruited his hawkish Democratic rival, Sen. Hillary Clinton, to be Secretary of State and kept Bush’s Defense Secretary Robert Gates. Obama also left in place most of Bush’s military high command, including neocon favorite, General David Petraeus.

Obama’s naïve management strategy let the neocons and their “liberal interventionist” pals consolidate their bureaucratic control of Washington’s foreign policy bureaucracy, even though the President favored a more “realist” approach that would use America’s power more judiciously — and he was less enthralled to Israel’s right-wing government.

The behind-the-scenes neocon influence became especially pronounced at Clinton’s State Department where she tapped the likes of Nuland, a neocon ideologue and an adviser to Vice President Dick Cheney, to become the department’s spokesperson and put her on track to become Assistant Secretary of State for European Affairs (although the appointment wasn’t finalized until after Clinton left in 2013).

The neocon/liberal-hawk bias is now so strong inside the State Department that officials I know who have gone there reemerge as kind of “pod people” spouting arrogant talking points in support of U.S. intervention all over the world. By contrast, I find the CIA and the Pentagon to be places of relative realism and restraint.

Perhaps the best example of this “pod people” phenomenon was Sen. John Kerry, who replaced Clinton as Secretary of State and suddenly became the mouthpiece for the bureaucracy’s most extreme war-like rhetoric.

For instance, Kerry advocated a retaliatory bombing campaign against Syria’s military in August 2013, ignoring the intelligence community’s doubts about whether President Bashar al-Assad’s regime was responsible for a sarin-gas attack outside Damascus.

Instead of listening to the intelligence analysts, Kerry joined the neocon-driven “group think” pinning the blame on Assad, the perfect excuse for implementing the neocons’ long-delayed Syrian “regime change.” The neocons didn’t care what the facts were — and Kerry fell in line. [See Consortiumnews.com’s “What’s the Matter with John Kerry?”]

But Obama didn’t fall in line. He listened when Director of National Intelligence James Clapper told him that there was no “slam dunk” evidence implicating the Syrian military.

(Ultimately, the evidence would point to a provocation carried out by Islamic extremists trying to trick the U.S. military into intervening in the war on their side.)

Obama also got help from Russian President Vladimir Putin who persuaded President Assad to surrender all his chemical weapons (while Assad still denied any role in the sarin-gas attack). Putin's assistance infuriated the neocons who soon recognized that the Obama-Putin cooperation was a profound threat to their "regime change" enterprise.

Targeting Ukraine

Some of the smarter neocons quickly identified Ukraine as a potential wedge that could be driven between Obama and Putin. Carl Gershman, president of the National Endowment for Democracy, called Ukraine "the biggest prize" and a potential first step toward driving Putin from power in Russia.

It fell to Assistant Secretary of State Nuland to shepherd the Ukraine operation to fulfillment as she plotted with U.S. Ambassador to Ukraine Geoffrey Pyatt how to remove Ukraine's pro-Russian President Viktor Yanukovich. Nuland and Pyatt were caught in an intercepted phone call discussing who should take over.

"Yats is the guy," Nuland said referring to Arseniy Yatsenyuk who indeed would become the new prime minister. Nuland and Pyatt then exchanged ideas how to "glue this thing" and how to "midwife this thing." This "thing" became the bloody Feb. 22, 2014 coup ousting elected President Yanukovich and touching off a civil war between Ukrainian "nationalists" from the west and Ukraine's ethnic Russians in the east.

As the "nationalists," some of them openly neo-Nazis, inflicted atrocities on ethnic Russians, Crimea voted by 96 percent to leave Ukraine and rejoin Russia. Resistance to the new Kiev regime also arose in the eastern Donbas region.

To the State Department – and the mainstream U.S. news media – this conflict was all explained as "Russian aggression" against Ukraine and a "Russian invasion" of Crimea (although Russian troops were already in Crimea as part of the Sevastopol naval base agreement). But All the Important People agreed that the Crimean referendum was a "sham" (although many polls have since confirmed the results).

When citizen Clinton weighed in on the Ukraine crisis, she compared Russian President Putin to Hitler.

So, today the neocon/liberal-hawk Washington "playbook" – as Obama would call it – calls for massing more and more U.S. troops and NATO weapons systems on Russia's border to deter Putin's "aggression."

These tough guys and gals also vow to ignore Russia's warnings against what it views as military threats to its existence. Apparently "real, real men" go to Moscow (perhaps riding a nuclear bomb like the famous seen from "Dr. Strangelove.").

Ian Joseph Brzezinski, a State Department official under President George W. Bush and now a foreign policy expert for the Atlantic Council, a NATO think tank, has co-authored an article urging NATO to incorporate Ukrainian army units into its expansion of military operations along Russia's border.

"High-level Ukrainian national security officials have urged the international community to

be bolder in its response to Russia's provocative military actions," wrote Brzezinski (son of old Cold Warrior Zbigniew Brzezinski) and Ukrainian co-author Markian Bilynskyj.

"The deployment of a battle tested, Ukrainian infantry company or larger unit to reinforce the defense of NATO territory in Central Europe would be a positive contribution to the Alliance force posture in the region."

Following the Playbook

This kind of tough-talking jargon is what the next President, whoever he or she is, can expect from Official Washington. From Obama's interview in *The Atlantic*, it's clear that he feels surrounded and embattled by these warmongering forces but takes some pride in resisting – from time to time – the Washington "playbook."

But how would President Hillary Clinton respond? When she appeared before the American Israel Public Affairs Committee on March 21 – at a moment when it appeared she had all but nailed down the Democratic nomination – Clinton showed what you might call her true colors, fawning over how loyal she would be to Israel and promising to take the very cozy relationship between the U.S. and Israel "to the next level" (a phrase that usually applies to couples deciding to move in together).

By reviewing Clinton's public record, one could reasonably conclude that she is herself a neocon, both in her devotion to Israel and her proclivity toward "regime change" solutions. She also follows the neocon lead in demonizing any foreign leader who gets in their way. But even if she isn't a full-fledged neocon, she often bends to their demands.

The one possible deviation from this pattern is Clinton's personal friendship with longtime adviser Sidney Blumenthal, who was an early critic of the neoconservatives as they emerged as a powerful force during the Reagan administration. Blumenthal and his son Max have also dared criticize Israel's abusive treatment of the Palestinians.

However, the Israel Lobby appears to be taking no chances that Sidney Blumenthal's voice might be heard during a Clinton-45 administration. Last month, a pro-Zionist group, The World Values Network, bought a full-page ad in *The New York Times* to attack Blumenthal and his son and declared that "Hillary Clinton must disavow her anti-Israel advisors."

Though Clinton might not publicly disassociate herself from Sidney Blumenthal, the preemptive strike pushed him further toward the margins and helped clear the path for the Kagan/Nuland faction to rush to the center of Clinton's foreign policy.

Indeed, Clinton's primary focus if she gets elected is likely to be ensuring that she gets reelected. As a traditional politician, she would think that the way to achieve reelection is to stay on the good side of the Israeli leadership. Along those lines, she promised AIPAC that, as President, she would immediately invite Prime Minister Benjamin Netanyahu to the White House.

So, what would happen if Clinton takes the U.S.-Israeli relationship "to the next level"? Presumably that would mean taking a super-hard line against Iran over last year's nuclear deal. Yet, already Iran is questioning whether its acceptance of extraordinary constraints on its nuclear program was worth it, given the U.S. unwillingness to grant meaningful relief on economic sanctions.

A belligerent Clinton approach – decrying Iran's behavior and imposing new sanctions – would strengthen Iran's hard-line faction internally and might well lead to Iran renouncing

the agreement on the grounds of American bad faith. That, of course, would please the neocons and Netanyahu by putting the “bomb-bomb-bomb Iran” option back in play.

A Stunning Reversal

Clinton may have viewed her AIPAC speech as the beginning of her long-awaited “pivot to the center” — finally freed from having to pander to progressives — but afterwards she suffered a string of primary and caucus defeats at the hands of Sen. Bernie Sanders, most by landslide margins.

Besides those stunning defeats, Clinton’s campaign clearly has an “enthusiasm gap.” Sanders, the 74-year-old “democratic socialist” from Vermont, draws huge and excited crowds and wins younger voters by staggering percentages. Meanwhile, Clinton confronts polls showing high negatives and extraordinary public distrust.

If she gets the Democratic nomination, she may have little choice but to engage in a fiercely negative campaign since — faced with the lack of voter enthusiasm — her best chance of winning is to so demonize her Republican opponent that Democrats and independents will be driven to the polls out of fear of what the crazy GOP madman might do.

Right now, many Clinton supporters see her as the “safe” — not exciting — choice, a politician whose long résumé gives them comfort that she must know what’s she’s doing. African-American voters, who have been her most loyal constituency, apparently feel more comfortable with someone they’ve known (who has also served in the Obama administration) than Sanders who is unknown to many and is seen as someone whose ambitious programs appear less practical than Clinton’s small-bore ideas.

But a look behind Clinton’s résumé, especially her reliance on “regime change” and other interventionist schemes in the Middle East and Eastern Europe, might give all peace-loving voters pause. [See Consortiumnews.com’s “Is Hillary Clinton ‘Qualified’?”]

Savvy neocons, like Robert Kagan, have long understood that Clinton could be their Trojan Horse, pulled into the White House by Democratic voters. Kagan told *The New York Times*, “I feel comfortable with her on foreign policy. If she pursues a policy which we think she will pursue it’s something that might have been called neocon, but clearly her supporters are not going to call it that; they are going to call it something else.”

The same *Times* article noted that Clinton “remains the vessel into which many interventionists are pouring their hopes.” However, if she is that “vessel” carrying a neocon foreign policy back into the White House, this “safe” choice might prove dangerous to America and the world.

Investigative reporter Robert Parry broke many of the Iran-Contra stories for The Associated Press and Newsweek in the 1980s. You can buy his latest book, America’s Stolen Narrative, either in print here or as an e-book (from Amazon and barnesandnoble.com)

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern